

Medienmitteilung

Städteinitiative Sozialpolitik

Frühförderung – Schweden als Modell?

Lausanne, 14. November 2008. Frühförderung – in der Schweiz vielfach gefordert, wenig verbreitet und unterschiedlich verstanden. Die Städteinitiative Sozialpolitik lancierte an ihrer Konferenz eine Diskussion als Basis zur besseren Verständigung. Sie stellte das Modell Schweden vor: Frühförderung gehört dort in allen Gemeinden zum Standardangebot und wird von 85 Prozent der 1- bis 5-jährigen Kinder genutzt. In der Schweiz gibt es lokale Projekte, aber keinen verbindlichen Auftrag.

Beitrag zur Chancengleichheit

Die Städteinitiative Sozialpolitik versteht Frühförderung als wichtigen Beitrag für Chancengerechtigkeit. Alle Kinder, auch und gerade solche mit erschwerten Startbedingungen, sollen möglichst flächendeckend und möglichst früh Zugang zu entsprechenden Angeboten erhalten. Doch was sind die Ziele von Frühförderung? Wie sehen die Angebote aus? Wer finanziert und steuert sie?

Schweden: Förderung ab dem ersten Lebensjahr

Die renommierte Fachreferentin Ursula Armbruster aus dem schwedischen Ministerium für Bildung und Forschung hat das System der Frühförderung von Schweden vorgestellt, das für viele Länder Modellcharakter hat. Ein nationales Gesetz gibt den ausführenden Kommunen Rahmenbedingungen vor. Zum Beispiel, dass Frühförderung bedarfsdeckend und allen Kindern ab dem ersten Lebensjahr zugänglich sein muss; dass Frühförderung spielerisch Entwicklungs- und Lernprozesse unterstützen soll; dass Betreuung, Pädagogik und Fürsorge integrativ verstanden werden; dass die Ausbildung des Personals Vorgaben entsprechen muss. Schweden investiert in die Frühförderung 5 Milliarden Euro (1,5 Prozent des Bruttonationalprodukts).

Schweizerische Offensive für Frühförderung ist notwendig

„Die Schweiz hinkt bei der Frühförderung andern Ländern gewaltig hinterher“, konstatierte die Berner Gemeinderätin Edith Olibet, die einen Überblick über die Aktivitäten in der Schweiz gab. In Lausanne, St Gallen und Bern beispielsweise, aber auch in manchen andern Städten sind Projekte am Laufen. Vereinzelt fließen Bundesgelder – zum Beispiel im Rahmen des Impulsprogramms für familienergänzende Kinderbetreuung oder zur Gesundheitsförderung.

Die Städteinitiative Sozialpolitik misst der Frühförderung hohe Priorität zu. Sie fordert eine Bildungs- und Integrationsoffensive für Kinder in den ersten fünf Lebensjahren – zur Verbesserung der

Zukunftschancen, insbesondere jene sozial benachteiligter Kinder. Die Städteinitiative Sozialpolitik erwartet, dass Bund, Kantone und Kommunen diese Forderung gemeinsam tragen und Mittel bereitstellen. Als beste Investition in die Zukunft.

Konferenzdokumentation: www.staedteinitiative.ch / Aktuell

Rückfragen: Marietherese Schwegler, Informationsbeauftragte, Tel. 041 220 12 66